

ZUM TAGE

Zensur?

Gr. — Es ist unangebracht, in ein schwebendes Verfahren durch Kritik an der Sache einzugreifen. Denn eine solche Kritik könnte den Richter in seiner Urteilsfindung beeinflussen. Aus diesem Grunde kann über die sachliche Berechtigung der gegen den „Spiegel“ erhobenen Vorwürfe und der durchgeführten Aktion hier nichts gesagt werden.

Aber dieses Gebot gilt nur für den Sachverhalt der Anschuldigung, nicht für die Form des Vorgehens der Behörden. Hier ist vielmehr bei Verstößen mit Rücksicht auf die politischen Grundrechte Kritik sogar eine demokratische Pflicht. Und leider erfordert die Form des Vorgehens von Polizei und Staatsanwaltschaft in der Aktion gegen den „Spiegel“ eine solche Kritik.

Beamte der Polizei haben nämlich am Freitagabend Einsicht in die Korrekturabzüge der im Druck befindlichen nächsten Nummer des Blattes verweigert. Und als ihnen diese Einsicht verweigert wurde, haben sie die Abzüge beschlagnahmt und sie dem anwesenden Ermittlungsrichter zur Überprüfung vorgelegt. Dies ist eine Zensur und damit ein schwerer Verstoß gegen die im Grundgesetz ausdrücklich festgelegte Pressefreiheit in der Bundesrepublik. (Artikel 5: „Eine Zensur findet nicht statt.“)

Darüber hinaus stößt die Weiterarbeit der Redaktion des Blattes dadurch auf Schwierigkeiten, daß sämtliche Unterlagen sowie das gesamte Archiv des „Spiegels“ beschlagnahmt worden sind. Einzelne Akten werden zwar auf Anforderung der Redaktion geprüft und bei Unbedenklichkeit herausgegeben. Aber für die Prüfung stehen nur zwei Beamte zur Verfügung. Die Nachprüfung dauert daher sehr lange Zeit und droht die Weiterführung der Zeitschrift zu gefährden.

Da die Aktion gegen den „Spiegel“ nach sehr langer und offenbar sehr gründlicher Vorbereitung und mit einem ungewöhnlich großen Personalaufwand durchgeführt wurde, könnte der Eindruck entstehen, als versuchten die Behörden, die weitere Arbeit des Nachrichtenmagazins zu beeinträchtigen. Auch dies wäre ein Verstoß gegen den Geist des Grundgesetzes. Und nicht im Interesse des „Spiegels“, sondern im Interesse der deutschen Justiz sollten Staatsanwaltschaft und Polizei alles vermeiden, was einem solchen Eindruck Nahrung geben könnte.

Panzerschrank

-ves. (Bonn) — „Ich bitte Sie, die Schreiben — wie Sie bereits zugesagt haben — im Panzerschrank zu verwahren“, so schrieb Bundesarbeitsminister Blank am 26. Juni zu einigen Zusagen der Bundesregierung an den Ruhrkohlenbergbau. Der Bergbau sollte auf diese Weise die Löhne um acht Prozent erhöhen können, und der drohende Streik sollte vor den Landtagswahlen abgewendet werden.

Die Sozialdemokraten, die offenbar eine besondere Vorliebe für Schriftstücke von Minister Blank haben, veröffentlichten jetzt diesen Brief und einen Teil der Zusagen. Bonn und Düsseldorf wollten in die Staatskasse greifen und für 1962 zweihundert Millionen DM für die Lohnerhöhung an der Kohle zu ziehen. Bisher haben beide Städte gezahlt. Düsseldorf feilscht nun nach den Wahlen mit Bonn noch um die Bedingungen. Die Zechen sitzen in der Klemme.

Diese Zusage wird in der Veröffentlichung der SPD verschwiegen. Sie enthält dagegen die bisher in Bonn gelegene Zustimmung der Bundesregierung zur Erhöhung der Kohlenpreise. Die Sprecher der Bundesregierung zeigten damals auftragsgemäß Erstaunen und sprachen von einer „ungewöhnlichen Entscheidung“ des Kohlenbergbaus.

An dieser Art von Politik mit doppeltem Boden scheint man in Bonn leider unehmend Gefallen zu finden.

De Gaulle gewann das Referendum ...

... wer aber wird die Wahl gewinnen?

Die Fünfte Republik am Wendepunkt / Von unserem Korrespondenten HEINZ BARTH

Paris, 29. Oktober

Wie die Kristallkugel eines Hellsehers läßt sich das Ergebnis des Volksentscheids vom vergangenen Sonntag nach allen Seiten drehen — je nachdem, wie sich das Licht in ihr bricht, und je nach dem Standpunkt des Betrachters kann Charles de Gaulle eine Bestätigung seiner Politik, die Opposition einen wertvollen Positionsgewinn, der Radikalismus der Linken die Stabilität seiner Massenfolgschaft und Frankreich seine immer tiefer werdende Spaltung in zwei feindliche Lager daraus lesen.

Auf Bruchstellen genau entsprach das Abstimmungsergebnis den Erwartungen. Der General hat für sein Gesetz über die direkte Wahl künftiger Präsidenten durch das Volk die ausreichende Mehrheit von 61,75 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten, aber die absolute Mehrheit der Wahlberechtigten erreichte er nicht.

*

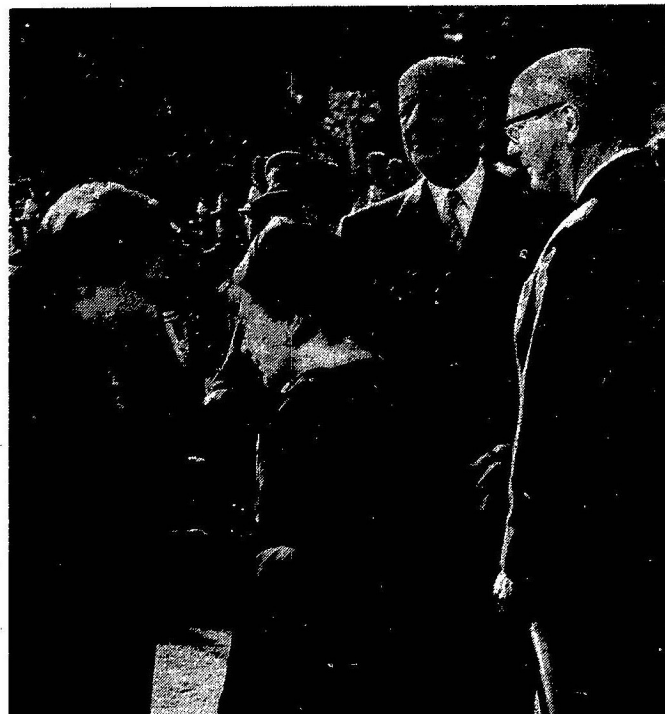
Es war kein überwältigendes, aber ein eindeutiges Ja, das ihm das französische Volk gab — ein Ja, das jeden Gedanken an seinen Rücktritt ausschließt, aber sich doch an der unteren Grenze dessen bewegt, was der Staatsschef bei der hohen Meinung, die er von seinem Prestige hat, eben noch für dekorativ halten kann. Als in der Montagnacht die Zahlen einliefen, die keinen Vergleich mit seinem triumphalen Erfolg vom vergangenen April zuließen, mag er selbst gesagt haben, daß er diesmal den Bogen bis zum Zerreißen gespannt hatte. Frankreich nahm an dieser Entscheidung passionierten Anteil. Fast eine Million mehr Wähler als beim Referendum über den Frieden in Nordafrika hatten sich in die Listen eintragen lassen. Auch prozentmäßig lag die Beteiligung höher als das letzte Mal.

Das Volk wußte, daß es um Wichtiges ging als die nachträgliche Bestätigung längst vollzogener Ereignisse in Algerien. Denn daran gibt es keinen Zweifel: Mit dem 28. Oktober ist die Fünfte Republik an einem Wendepunkt angelangt. Sie ist aus dem Stadium des algerischen Bürgerkriegs, der zwischen dem Staatsschef und den Parteien bestand, in das offene Gelände der innenpolitischen Feldschlacht hinausgetreten. Man wird das in den nächsten Wochen erleben, denn während in der vergangenen Nacht noch die Stimmen ausgezählt wurden, begann bereits die Kampagne zu den Parlamentswahlen, die am 18. und 25. November stattfinden.

De Gaulle hat mit diesem hart erstrittenen Sieg eine erstaunliche Leistung vollbracht. Wer das Trommelfeu der öffentlichen Meinung erlebte, das seit Ende September pausenlos auf ihn und sein Reformgesetz niederging, wer die täglich anschwellende Masse der Parteien, Syndikate, Körperschaften, der ehemaligen Staats- und Ministerpräsidenten beobachtete, wer Presse und höchste Staatsorgane sich in die immer länger werdende Prozession des Neins einreihen sah, steht verwundert vor der Tatsache, daß sich fast zwei Drittel der Wähler davon nicht beeinflussen ließen.

Man kann heute in Paris die Meinung hören, daß der Ausgang die Autorität de Gaulles nicht schwächt, aber er ihr auch nichts hinzufügt. Wie sehr verkennen solche Analysen doch, was es heißt, wenn ein Mann sich allein gegen eine Koalition durchgesetzt hat, die von ganz rechts bis zur äußersten Linken reicht und so gut wie alle meinungsbildenden Kräfte der Nation umfaßt.

Es war ein Kunststück von fast artistischem Reiz, das der General vollbrachte. Man hatte das Gefühl, einem Mann zuzusehen, der ohne Netz unter der Zirkuskuppel arbeitet. Ohne Netz — denn seine Forderung nach einer qualifizierten Mehrheit hätte leicht mit einem Sturz ins Leere enden können. Zweierlei hat ihn daher bewahrt — der gesunde Menschenverstand eines im



Staatspräsident de Gaulle und Staatspräsident Kekkonen

haben in Paris in einem Communiqué die hervorragenden Beziehungen zwischen Finnland und Frankreich betont und den Wunsch geäußert, die Bindungen weiterhin zu verstärken. Kekkonen hat inzwischen seinen Staatsbesuch in Frankreich beendet und am Montag eine

Grundkonservative Volk, dem der verletzte Buchstabe der Verfassung weniger bedeutete als die politische Stabilität, und die Kuba-Krise, die gerade zur rechten Stunde kam. Die Gegner, die heute de Gaulle vorwerfen, daß er sich nur durch seine Rücktrittsdrohung gerettet habe, merken kaum, welches Kompliment sie ihm damit unbewußt machen.

Die Frage ist, ob er in die jetzt beginnende Kampagne für die Novemberwahlen persönlich eingreifen wird. Die Gaullisten waren ihm diesmal keine große Hilfe. Soll er ihnen eine solche Hilfe sein, wo es nunmehr um die Parlamentssitze geht? Er hat stets Wert darauf gelegt, nicht der Mann einer Partei, sondern allenfalls der einer nationalen Sammlungsbewegung zu sein. Das Referendum hat er gewonnen, aber die Neuwahlen sind für ihn kaum zu gewinnen — das haben die Ergebnisse vieler Departements gezeigt, die den Gaullisten kaum günstige Perspektiven für die nächsten Wochen eröffnen. Sich nach diesem knappen Sieg mit einer Niederlage zu identifizieren, würde in der Tat einen Schatten auf sein Prestige werfen.

*

Um ihn gegen dieses Risiko abzusichern, hat André Malraux die neue „Vereinigung für die Fünfte Republik“ gegründet, die keine Partei ist und als Zwischenglied zwischen ihm und die gaullistische UNR geschaltet werden kann. Aber nicht weniger deutlich als die Schwäche der Gaullisten ist die der klassischen Parteien der Mitte. Die kommunistischen Hochburgen und die unterentwickelten Departements des Midi stimmen mit Nein. Der Beweis ist also erbracht, daß es einerseits eine starke soziale Unzufriedenheit gibt, die das Regime zu raschen Gegenmaßnahmen zwingt, und daß außerdem die Kom-

sechsstägige private Schiffsreise angeordnet, die ihn unter anderem nach dem Süden des Landes und zu einem Aufenthalt auf Korsika führen wird. Bei der Verabschiedung im Elysée waren auch Frau de Gaulle (links) und Frau Kekkonen anwesend.

Foto: AFP

munisten noch über eine sichere Gefolgschaft verfügen.

Wenn man für die Kommunisten knapp die Hälfte von den acht Millionen Nein-Stimmen veranschlagt, bleiben für die Sozialisten und die traditionellen Parteien der Demokratie nicht viel mehr als fünfzehn bis zwanzig Prozent der Wählermasse übrig. Die beiden ehemaligen Ministerpräsidenten Gaillard und Paul Reynaud, die sich an die Spitze der Opposition stellten, haben in ihren Wahlbezirken Arras und Dünkirchen lokale Niederlagen erlitten, die ein Warnsignal für die gemäßigten Parteien sein sollten.

*

Wenn sie am 18. November ihre Revanche nehmen wollen, werden sie sich zu einem engeren Wahlbündnis zusammenschließen müssen als bisher. Sie haben sich nur auf ein vage formuliertes Regierungsprogramm zu einigen vermocht, das die Volksrepublikaner, Sozialisten, Unabhängigen und Radikalsocialisten nicht daran hindert, statt gemeinsamer Kandidaten aufzustellen, sich in vielen Wahlkreisen gegenseitig Konkurrenz zu machen. Aber selbst wenn de Gaulle es im Dezember mit einem weit unbehaglicheren Parlament als dem letzten zu tun bekommt, einem Parlament, das zudem ein Jahr lang nicht aufgelöst werden darf, hat er jetzt einen ausreichenden Rückhalt, um die Nationalversammlung mit Hilfe des Notstandsartikels 16 zum Schweigen zu verdammen.

Das Gleichgewicht der Gewalten, das die Opposition erstrebte, hat sich in entscheidender Weise zu seinen Gunsten verschoben. Die Aushöhlung der staatlichen Institutionen geht also weiter. Sie ist der große Preis, den Frankreich für die Jahre der Stabilität bezahlen muß, die ihm noch unter Charles de Gaulle verbleiben.

Nicht weniger ernst

Von SEBASTIAN HAFFNER

Die an jedem Dienstag an dieser Stelle veröffentlichten Artikel von Sebastian Haffner drücken die persönliche Meinung des Autors aus, die nicht in jedem Fall mit der Ansicht der Redaktion übereinzustimmen braucht.

Die Kuba-Krise hat wieder die komplizierte Wahrheit bestätigt, die heute aller internationalen Politik zugrunde liegt und die ein entschuldbar verschrecktes, aber auch betrüblich denkaufes westliches Publikum so schwer begreift: daß der gegenwärtige Stand der Waffentechnik den Ausbruch eines Weltkrieges aus Anlaß irgendeines örtlichen Konflikts nicht wahrscheinlicher, sondern unendlich viel unwahrscheinlicher gemacht hat als früher; daß aber damit keineswegs Machtpolitik, Gewaltanwendung und strategisches Denken aus den internationalen Beziehungen verbannt sind; daß sich vielmehr der internationale Machtkampf heute ebenso intensiv, nur eben nach anderen Regeln abspielt als zu der Zeit, da Krieg und Frieden sauber geschieden und Krieg ein sinnvolles Mittel der Politik war.

Die Leute, die nach der Ankündigung der Kuba-Blockade eine Gegenblockade Berlins und den Ausbruch des dritten Weltkrieges befürchteten, leben geistig im Jahre 1914, nicht im Jahre 1962. Sie ignorieren — was unbegreiflicherweise bis vor kurzem auch manche westliche Staatsmänner noch ignorierten —, daß Rußland die atomare Vernichtung genauso fürchten muß wie jeder andere, daß es dasselbe überwältigende Interesse hat wie alle, sie zu vermeiden.

Was früher durchaus möglich, unter Umständen für die örtlich schwächere Großmacht sogar geboten war: Konflikte auszuweichen, verschiedene schwerwiegende Konfliktstoffe zum Großbrand zu vermengen, es auf einen Totalaustrag ankommen zu lassen oder ihn gar anzustreben —, das wäre heute für Rußland genau wie für jeden anderen Selbstmord.

Die etwas seltsam anmutenden Anrufungen Gottes in den Leitartikeln sonst sehr weltlicher und agnostischer Presseorgane in der letzten Woche waren ganz überflüssig. Die Hemmungen gegen eine Ausweitung von Konflikten, die Zwänge zu ihrer Isolierung und Lokalisierung sind heute nicht schwächer, sondern unendlich viel stärker geworden als früher.

Aber natürlich, mit alledem sind weder Konflikte abgeschafft noch der Einsatz von Macht zu ihrem Austrag. Nur zwingt das Atom-Patt allen eine „Strategie des Minimums“ auf, in der das jeweils gerade noch ausreichende Minimum an Gewaltanwendung sicherer — und daher wirksamer — ist als jedes Mehr an Gewalt. Die Luftbrücke, nicht der Panzerdurchbruch, als Antwort auf die Berlin-Blockade von 1948; die Teilblockade Kubas, nicht die Invasion oder Bombardierung, nicht einmal eine Vollblockade, als Antwort auf den russischen Raketenaufbau: Das sind Beispiele einer erfolgreichen „Strategie des Minimums“. (Es hat natürlich auch Beispiele des Mißerfolgs gegeben, wo das Minimum zu knapp kalkuliert war, und auch Beispiele einer erfolgreichen Strategie des Minimums auf russischer Seite, zum Beispiel die Salamitaktik in Berlin in den letzten Jahren, insbesondere die Aktion des 13. August 1961.)

Daß die Kuba-Krise isoliert behandelt werden würde, war unter den gegebenen Umständen nicht schwer voraussehen. Was nicht voraussehen war, war, daß Chruschtschow — zum erstenmal überrascht und in die Defensive gedrängt — eine plötzliche Kehrtwendung machen und einen örtlichen Blitzrückzug antreten würde. Man hätte wohl eher mit einer hinhaltenen Verteidigung seiner Kuban-Position gerechnet, die, bei dem Zustand großer Teile der westlichen öffentlichen Meinung, manche Gelegenheiten zu Verwirrungspromaganda und Nervenkitzel gegeben hätte.

Man sollte trotzdem nicht zu schnell unterstellen, wie es die „Harten“ im Westen jetzt zu tun versucht sein mögen, daß Chruschtschow selbst Nerven

bekommen hat, oder gar, wie es den ganz Naiven zuzutrauen ist, daß plötzlich Herzensgüte und Menschenfreundlichkeit bei ihm unwiderstehlich aufgebrochen wären. Seine rasante Absetzbewegung in Kuba — in einem Augenblick, da ihr eine gewisse Freiwilligkeit noch nicht abzusprechen ist — ist ein überraschendes, aber keineswegs ein geschicktes Manöver.

Der Überraschungs-, ja, Überraschungseffekt selbst, mit dem Chruschtschow für den Augenblick zweifellos einen Teil der verlorenen Initiative zurückgewonnen hat, sollte uns davor bewahren, in diesem Blitzrückzug schon das Ende der Partie und das Eingeständnis der Niederlage zu sehen.

Im gewissen Sinn ist Chruschtschow durch dieses Rückzugsmanöver das gelungen, was durch einen gewaltsamen Gegenzug zu erzwingen heutzutage zu gefährlich gewesen wäre: Die Problemstellung auszuweiten und die Sache auf ein ihm günstigeres Terrain hinüberzuspielen. Die Kuba-Krise spielte in drei Problemkreise hinein: den Kampf um Lateinamerika, den Abrüstungskomplex, besonders die Frage der Stützpunkte im Ausland und der Weitergabe von Atomwaffen an Verbündete; und schließlich das amerikanisch-russische Verhältnis als solches.

Auf dem rein örtlichen lateinamerikanischen Schauplatz hat Chruschtschow wohl für den Augenblick eine Schlappe in Kauf genommen; Castro und seine Anhänger in anderen Staaten dürften in diesen Tagen enttäuschte Leute sein. Aber in dem großen, mit den Mitteln der Verwirrung, der List und der Übervorteilung geführten weltstrategischen Machtkampf, der sich unter dem Namen „Abrüstungsverhandlungen“ verbirgt, kommt Chruschtschow nicht mit ganz leeren Händen aus dem Kuba-Abenteuer zurück.

Er hat plötzlich die amerikanischen Stützpunkte in der Türkei, vielleicht sogar überhaupt in Europa, zu einem internationalen Problem gemacht, und er hat Kennedy Zusicherungen abgeloct, über die „Konfrontation der NATO und des Warschauer Pakts“ mit ihm zu sprechen. Darin kann vieles liegen: Militärische Verdünnung, Disengagement, atomfreie Zonen in Europa, vielleicht gar der viel berufene Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Pakt, der, da Bundesrepublik und Zone Mitglieder der beiden Pakte sind, auch einen Nichtangriffspakt zwischen Bundesrepublik und Zone und damit die indirekte Anerkennung der Zone und die Besiegung der deutschen Teilung mit sich bringen würde. Alles in allem ein Pandorabüchse, aus der wenig Gutes kommen kann.

Freilich, alles hängt davon ab, in welchem Geist Amerika solche Verhandlungen aufnimmt. Mag sein, daß Kennedy sie nur angeboten hat, um Chruschtschows Gesicht zu wahren und ihm für seinen örtlichen Rückzug eine goldene Brücke zu bauen. Es kann aber auch sein, daß Chruschtschow durch sein überaus agiles Einlenken das Hauptkapital gerettet hat, dem er alle seine bisherigen Erfolge verdankt und das er in den letzten Monaten — nicht erst in der letzten Woche — leichtfertig aufs Spiel gesetzt hatte: Nämlich die amerikanische Illusion, daß der kalte Krieg vorbei sei, daß das Thema der Stunde der amerikanisch-russische Ausgleich im Weltmaßstab sei und daß Chruschtschow diesen Ausgleich als ehrlicher Partner anstrebe.

In den letzten Monaten war diese Illusion mehr und mehr verstorben. In der letzten Woche erlebte Amerika in dieser Hinsicht seinen Augenblick der Wahrheit. Hat Chruschtschow das instinktiv als die Hauptgefahr erkannt? Ist sein Raketenabzug aus Kuba das Beginn einer neuen Offensive des Lichens, einer neuen Ära der Illusionen? Wird Amerika wieder vergessen? Das sind die Fragen, die sich jetzt stellen und die sich nicht weniger ernst als in der letzten Woche.